

Eine feministische Außenpolitik im geoökonomischen Zeitalter

von Katrin Kamin (Kiel Institut für Weltwirtschaft)

Eine Zeitenwende hatte schon längst eingesetzt, bevor der Bundeskanzler die jüngste ausrief: der Aufstieg der Geoökonomie. Das Zusammenspiel von Geopolitik oder Geostrategie mit ökonomischen Fragen hat in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen – und macht eine neue Außenpolitik erforderlich. Schon der von der Trump-Regierung forcierte US-chinesische Handelskonflikt machte dies deutlich, spätestens der russische Krieg gegen die Ukraine schärft jetzt auch hierzulande den Blick auf die Bedeutung des Zusammenspiels von Ökonomie und Geopolitik. Das schließt eine vermehrte Nutzung ökonomischer Druckmittel zur Erreichung außenpolitischer Ziele ein.

Die Geoökonomie ist gekommen, um zu bleiben: Der Aufstieg Chinas, die globale dritte Welle der Autokratisierung, die Zunahme geopolitischer „great-power-competition“ bei gleichzeitiger Abnahme zwischenstaatlicher Konflikte und die rasant gewachsene tiefe Integration der Weltwirtschaft in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten bezeugen das. Insbesondere der letzte Punkt schafft Verwundbarkeiten und Druckmittel im Sinne einer „Weaponized Interdependence“ (Farell & Newman, 2019). Eine neue Nationale Sicherheitsstrategie soll im besten Falle all diesen und weiteren Aspekten Rechnung tragen und Deutschlands künftige sicherheitspolitische Rolle definieren.

Würde man nun argumentieren, dass eine Feminist Foreign Policy (FFP) nur die Sicherheitspolitik prägen soll, so würde das zu kurz greifen. Denn ökonomische Instrumente und Bedenken sind längst Teil der Außenpolitik geworden. Dies bedeutet, dass auch die (geo)ökonomischen Aspekte und deren Effekte betrachtet werden müssen. In der Konsequenz muss die Frage gestellt werden, inwiefern eine FFP Bestandteil einer geoökonomischen Außen- und Sicherheitspolitik werden kann.

Eine FFP soll zur Stärkung der „Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit“ (Koalitionsvertrag 2021-2025) beitragen. Alle drei Aspekte werden in einer geoökonomischen Außenpolitik berührt. Dies liegt zum einen daran, dass die Instrumente einer strategischen Außenwirtschaftspolitik (Kamin et al. 2021) in der Industrie-, Geld-, Entwicklungs- und Handelspolitik generell in Bereiche hineinkreuzen, in denen eine FFP zum Tragen kommt.

Zum anderen liegt es daran, dass wir bei einigen Instrumenten einer strategischen Außenwirtschaftspolitik wissen, dass sie Frauen und Minderheiten in den Zielländern verhältnismäßig benachteiligen. Dies ist beispielsweise im Bereich der Klimapolitik rund um den Green Deal und die damit einhergehende Industriepolitik sichtbar. Denn Frauen und Minderheiten sind nicht nur durch die Klimakrise, sondern auch durch geschlechtsblinde klimapolitische Maßnahmen stärker vom Klimawandel und der Klimapolitik betroffen (Heffernan et al., 2022). Auch für Sanktionen, das derzeit sichtbarste geoökonomische Instrument, zeigen Studien, dass von den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen überproportional Frauen und Minderheiten betroffen sind (Buck et al. 1998; Drury & Peksen, 2012; United Nations, 2021).

Ein Unterschied besteht aber darin, ob Maßnahmen nur geschlechtsblind aber generell „positiv“, d.h. fördernde Maßnahmen sind, welche durch geschlechtersensible Anpassung in Einklang mit einer FFP gebracht werden können, oder, ob Maßnahmen einen disruptiven Charakter haben. Ersteres ist im Bereich der Klimapolitik zu beobachten, letzteres im Bereich der Sanktionspolitik. Disruptive Maßnahmen und Instrumente einer geoökonomischen Außenpolitik wie Sanktionen zielen nämlich konkret auf eine (zeitweise) ökonomische Schlechterstellung von Individuen ab, eben um im Sinne einer „Weaponized Interdependence“ Druck aufzubauen.

Im Zeitalter der Geoökonomie wird es somit in der Außenpolitik verstärkt zum Einsatz von Instrumenten kommen, die unter Umständen gegenläufig zu den Zielen einer FFP sind.

Die Frage ist, ob es Möglichkeiten gibt, diese Instrumente selbst feministischer zu gestalten. Eine feministische Gestaltung von Sanktionen ist schwierig. Die derzeit beste vorhandene Möglichkeit ist, auf gezielte Sanktionen zu setzen. Solche „targeted“ oder „smart sanctions“ können gezielter Privatvermögen und Kapital(flüsse) von großen Banken und Unternehmen unterbrechen bzw. beeinträchtigen. Das kann im Gegensatz zu breiten Sanktionsregimen dazu beitragen, vulnerable Gruppen der Gesellschaft zu schonen. Allerdings werden Eliten in sanktionierten Ländern häufig von der Politik geschützt, und auch bei gezielteren Sanktionen besteht die Möglichkeit, dass der entstehende ökonomische Druck an vulnerable Gruppen weitergegeben wird.

Eine weitere Möglichkeit wäre das Auffangen der negativen Effekte von Sanktionen für Minderheiten durch gezielte abfedernde entwicklungspolitische Maßnahmen. Dies ist aus unterschiedlichen Gründen schwierig: Wie im Falle Russlands gerade zu sehen ist, kommt es häufig zu einem beinahe völligen Abbruch der wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Beziehungen. Darüber hinaus ist ja das Sanktionsziel, ökonomischen Druck aufzubauen, um die Politik im Zielland zum Einlenken zu bringen.

Dieser Konflikt zwischen den Zielen einer FFP und den Zielen einer geoökonomischen Außen(wirtschafts)politik ist nicht neu und findet sich beispielsweise auch in der Diskussion um den Umgang mit autokratischen Staaten in unseren Handelsbeziehungen wieder, insbesondere im Bereich der Menschenrechte aber auch bei Umwelt- und Sozialstandards. Ökonom*innen argumentieren seit langem, dass die Zahl der Ziele (z.B. Effizienz- und Gerechtigkeitsziele) nicht die Zahl der Instrumente (Handelspolitik) übersteigen sollte (Tinbergen-Prinzip, Tinbergen 1952), da es sonst zu solchen Zielkonflikten, schwierigen Kompromissen und suboptimalen Ergebnissen kommt. Es ist also wichtig, einzelne Politikbereiche nicht mit Zielen zu überfrachten, sondern zusätzliche Instrumente zu entwickeln.

Wie muss eine FFP also vor dem Hintergrund einer geoökonomisierten Außenpolitik gestaltet sein?

Eine FFP kann einen wertvollen Beitrag leisten, auf die genderspezifischen Effekte einer Verquickung von Ökonomie und Außenpolitik hinzuweisen. Dies ist deswegen besonders wichtig, da dieser Aspekt in der sehr jungen Diskussion um eine geoökonomische Strategie Deutschlands bisher noch kaum Eingang gefunden hat.

Eine FFP muss sich insbesondere über Zielkonflikte mit dem (geo)ökonomischen Bereich der Außenpolitik bewusst sein. Sie muss versuchen eigene Instrumente zu entwickeln. Ein wichtiger Punkt wäre hier Advocacy für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die ein bedeutsames komplementäres Instrument für die europäische Handelspolitik wäre.

Ziele sollten national und international gesetzt werden, denn auch in Deutschland selbst gibt es noch viel Verbesserungsbedarf in Gleichstellungsfragen. Dies dient nicht nur dem Selbstzweck der verbesserten Gleichstellung in Deutschland, sondern ist insbesondere hier notwendig, wo Expertise benötigt wird um für eine FFP auf internationalem Parkett zu werben und einzustehen. Dafür bedarf es einer Förderung der Expertise und somit der geoökonomischen Bildung und Forschung im Inland, um Raum für Genderaspekte zu schaffen. Besonders die Partizipation von Frauen und Minderheiten an ökonomischer Forschung muss verbessert werden, da es für sie in dieser Disziplin nach wie vor schwierig ist, die gläserne Decke zu durchbrechen.

Die Zeitenwende bedeutet also auch anzuerkennen, dass eine geoökonomische Strategie mit feministischen Zielen in Konflikt gerät – wie mit anderen Politikzielen auch. Diese Konflikte gilt es nicht hinzunehmen, sondern die Basis für deren fundierte Analyse zu stärken. Dann lassen sich flankierende Instrumente der internationalen Politik entwickeln, die die Position von Mädchen und Frauen in einer spannungsgeladenen geoökonomischen Situation stärken.

Buck, L., Gallant, N., & Nossal, K. R. (1998). Sanctions as a Gendered Instrument of Statecraft: The Case of Iraq. *Review of International Studies*, 24(1), 69–84. <http://www.jstor.org/stable/20097506>

Drury, A. C., & Peksen, D. (2014). Women and economic statecraft: The negative impact international economic sanctions visit on women. *European Journal of International Relations*, 20(2), 463–490. <https://doi.org/10.1177/1354066112448200>

Farrell, H., & Newman, A. L. (2019). Weaponized interdependence: How global economic networks shape state coercion. *International Security*, 44(1), 42-79.

Heffernan, R., Heidegger, P., Köhler, G., Stock, A. & Wiese, K. (2022) Ein feministischer European Green Deal. Für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021— 2025 zwischen der SPD, BÜNDNIS 90 / Die Grünen und der FDP.

Tinbergen, J. (1952). *On the theory of economic policy*.

United Nations (2021). Unilateral sanctions particularly harmful to women, children, other vulnerable groups. <https://news.un.org/en/story/2021/12/1107492>